

Trinkgeld-Debatte in Österreich: Politiker fordern Ende der Abgaben!

Diskussion über die Abschaffung von Trinkgeldabgaben in Österreich: Politiker und Wirtschaft fordern eine einheitliche Regelung.



Österreich - In Österreich wird derzeit intensiv über die Abgaben auf Trinkgelder diskutiert. Politiker aller Parteien sowie die Wirtschaft fordern eine Abschaffung dieser Abgaben, was zu einem breiten Konsens unter den Verantwortlichen führt. Die Diskussion, die sich um das Thema Trinkgeld entsponnen hat, wird jedoch von der Gewerkschaft vida als „Scheindebatte“ bezeichnet. Roman Hebenstreit, Vorsitzender von vida, kritisiert die politische Aufbauschung des Themas und betont, dass Trinkgelder weiterhin freiwillig, steuerfrei und ausschließlich den Beschäftigten gehören sollten. **5min berichtet, dass** Johanna Mikl-Leitner, Parteikollegin des ÖVP-Chefs, sich für eine abgabenfreie Trinkgeldregelung einsetzt und Rückendeckung von weiteren ÖVP-Landeshauptleuten erhält.

Die vox-populi zeigt, dass die Bevölkerung mehrheitlich gegen die Besteuerung von Trinkgeldern ist. Eine Umfrage der Österreichischen Hotelvereinigung untermauert dieses Ansinnen. Gleichzeitig fordert SPÖ-Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eine schnelle Lösung zur Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeitnehmer. Dies wird von anderen Politiker:innen, wie dem Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser von der SPÖ, unterstützt, der argumentiert, dass Trinkgelder keinen nennenswerten Beitrag zum Staatshaushalt leisten.

Trinkgeld und Sozialversicherungsbeiträge

Die Debatte stützt sich auf die Fragen der Sozialversicherungsbeiträge auf Trinkgelder. Hebenstreit hebt hervor, dass solche Sozialversicherungsbeiträge wichtig sind, um die soziale Absicherung in einer Branche mit hoher Fluktuation zu gewährleisten, was auch die Arbeitgebervertreter in die defensive Pose bringt. Mario Kunasek von der FPÖ fordert ebenfalls eine Steuer- und Abgabenbefreiung für Trinkgelder und wird von der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) unterstützt. WKÖ-Präsident Harald Mahrer betont, dass Trinkgeld den Mitarbeitern gehören müsse.

Ein weiteres Problem sind die unterschiedlichen Regelungen zu Trinkgeldpauschalen in den verschiedenen Bundesländern. So variiert die Höhe der Pauschalen zwischen 13 Euro in Vorarlberg und bis zu 59 Euro in Wien. Arbeitgeber sind von der Pflicht befreit, Trinkgeldaufzeichnungen zu führen, wenn eine solche Pauschale anwendbar ist. Andernfalls müssen sie genaue Aufzeichnungen führen. **Die Gesundheitskasse erklärt, dass** bei Anwendung von Trinkgeldpauschalen diese Beträge beitragspflichtig abzurechnen sind, was die Komplexität der Thematik erhöht.

Die Debatte um die Trinkgelder ist also nicht nur eine einfache steuerliche Frage, sondern greift tief in die soziale Absicherung der Beschäftigten im Gastgewerbe ein. Während eine

Vereinheitlichung der Pauschalen für mehr Gerechtigkeit und Einfachheit sorgen könnte, bleibt abzuwarten, inwieweit die politischen Forderungen Gehör finden werden. Das Konklave der Verantwortlichen und Gewerksstätten wird dabei die entscheidende Rolle spielen, ob der konkrete Schritt in Richtung Abgabefreiheit für Trinkgelder realisiert werden kann.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • www.ots.at • www.gesundheitskasse.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at